

J e a n S t o c k (S P D)

=====

(7. 6. 1893 - 13. 1. 1965)

"Nach meinem Dafürhalten wäre es notwendig gewesen, bevor der Parlamentarische Rat seine Arbeit aufnahm, daß das Besatzungsstatut vorgelegen hätte, damit die Rechte und Pflichten genau abgegrenzt werden können."

Zeitgenossen schilderten ihn als eine gesellige, außerordentlich umgängliche Persönlichkeit, wenngleich ihm gelegentlich nachgesagt wurde, daß er sich in seinem Denken und Handeln allzu sehr durch den von der Partei vorgegebenen Rahmen habe bestimmen lassen.

Herkunft und Werdegang

Johann Heinrich (genannt Jean) Stock wurde am 7. Juni 1893 als Sohn des Steinhauers Georg Heinrich Stock und dessen Ehefrau Margarethe geb. Roth in Gelnhausen (Hessen-Nassau) geboren.

Der Großvater väterlicherseits hatte seinen Lebensunterhalt als Tagelöhner verdient, der Großvater mütterlicherseits als Schäfer und später als Fabrikarbeiter. Dessen Ehefrau, also Jean Stocks Großmutter, war hugenottischer Herkunft. Alle Familien lebten in Gelnhausen oder dessen Umgebung.

Schon in früher Kindheit - mit fünf Jahren - war Jean Stock zum Vollwaisen geworden und wuchs seither vor allem in der Familie der Schwester der Mutter, Helene Heyer, geb. Roth, auf.

Nach dem Besuch der Volksschule in Gelnhausen (1899 - 1907) erlernte er in Büdingen das Drucker- und Setzerhandwerk und legte 1911 die Gesellenprüfung ab. Elf Jahre später folgte die Meisterprüfung in Würzburg. Daneben bildete er sich intensiv durch selbständige volkswirtschaftliche und politikwissenschaftliche Studien weiter.

Im Jahre 1911 kam er erstmals für einige Zeit nach Aschaffenburg, arbeitete aber in der Folgezeit als Geselle in verschiedenen anderen Städten, so zuletzt 1914 in Münster (Westfalen).

Sein reges politisches Interesse veranlaßte ihn, bereits im Jahre seiner Gesellenprüfung der Sozialistischen Arbeiterjugend, dem zu den Freien Gewerkschaften gehörenden Buchdruckerverband und der SPD beizutreten.

Zwischen 1914 und 1918 nahm er als Soldat am 1. Weltkrieg teil. Da er aber von Anfang an seine pazifistische Grundhaltung nicht verhehlte, blieb er ohne Beförderung.

Unzufrieden mit der Politik der SPD-Reichstagsfraktion, welche im Parlament die Aufnahme von Kriegskrediten unterstützte, wechselte er im Jahre 1917 von der SPD zur USPD. Kurz zuvor war er während eines Heimaturlaubes wegen defaitistischer Reden zeitweise verhaftet worden. Zu gleicher Zeit trat der streng evangelisch Erzogene aus Protest gegen die Verherrlichung des Krieges durch viele Geistliche aus der Kirche aus. Erst Anfang der 50er Jahre sollte er mit dieser wieder seinen Frieden machen und zur evangelischen Kirche zurückkehren.

Im Jahre 1918 begann sein eigentliches politisches Wirken, indem er Sekretär des Gewerkschaftskartells (Freie Gewerkschaften) für Aschaffenburg und Umgebung wurde, was er bis zu seiner beruflichen Neuorientierung im Jahre 1922 blieb.

In der revolutionären Umbruchphase der Jahre 1918/19 gehörte er für die USPD dem Arbeiter- und Soldatenrat Aschaffenburgs an. Aufgrund seiner politischen Betätigung für die Linken wurde er Mitte Mai 1919 verhaftet und von einem Stadtgericht wegen Beihilfe zum Hochverrat zu einem Jahr und sechs Monaten Festungshaft verurteilt. Doch erreichte er schließlich, daß die Strafe im Hinblick auf seine angegriffene Gesundheit zur Bewährung ausgesetzt wurde.

Von 1919 bis 1933 gehörte er dem Aschaffenburg Stadtrat an und leitete hier zunächst die USPD- und später die SPD-Fraktion. Zusätzlich bedeutete für ihn die Zeit nach dem 1. Weltkrieg eine Ausweitung seiner politischen Tätigkeit auf die Ebene der Landespolitik. So wurde er 1918 als Jüngster Mitglied des "Provisorischen Nationalrates des Volksstaates Bayern" und danach von 1920 bis 1924 Abgeordneter des Bayerischen Landtags.

In privater Hinsicht wurde für ihn die Zeit unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg gleichfalls bedeutsam. Im März 1919 heiratete er die in Frankfurt-M. geborene Ida Blöcher, ebenso wie er aktives Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Sie ist im Jahre 1978 verstorben.

Die "Wiedervereinigung" von Mehrheitssozialisten und USPD auf dem sog. "Vereinigungsparteitag" im September 1922 in Nürnberg, welche Stock als Teilnehmer der Veranstaltung lebhaft begrüßte, bedeutete für ihn die Rückkehr zur SPD. Jedoch kandidierte er nach diesem Zeitpunkt zunächst nicht mehr für ein Parteiamt.

Statt dessen widmete er sich von 1922 an vor allem der Geschäftsführung der Spessartdruck GmbH und dem damit verbundenen Verlag der "Aschaffenburg Volkszeitung" als publizistisches Organ der Aschaffenburg Sozialdemokratie und Freien Gewerkschaftsbewegung.

Die Jahre 1933 bis 1945

Nach der Schließung des Druck- und Verlagshauses durch die Nationalsozialisten gründete er im September 1933 das Buchdruckerei- und Verlagsunternehmen Stock & Körber, das ihm allerdings nur eine begrenzte Existenzgrundlage bot.

Darüber hinaus war er in der nationalsozialistischen Ära mannigfachen Drangsalierungen ausgesetzt. Mehrmals wurde er in dieser Zeit in Haft genommen, so erstmals im März und Juni 1933. Im Laufe des Jahres 1943 mußte er zudem seine Firma schließen.

Nach dem mißglückten Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944 wurde er im Rahmen der Aktion "Gewitter" erneut festgenommen und schließlich in das KZ Dachau verbracht, aus dem er allerdings Anfang September 1944 wieder entlassen wurde.

Nach dem Kriege

Unmittelbar nach der Besetzung ernannte ihn die amerikanische Militärregierung Mitte April 1945, also rund vier Wochen vor dem eigentlichen Kriegsende, zum vorläufigen Oberbürgermeister von Aschaffenburg und gleichzeitig zum Landrat der Landkreise Aschaffenburg und Alzenau. Beide Aufgaben nahm er allerdings nur rund ein halbes Jahr wahr. Mitte Dezember 1945 wurde er zum Regierungspräsidenten von Unterfranken mit Sitz in Würzburg bestellt, ein Amt, das er jedoch nach einem Zerwürfnis mit der Militärregierung im September 1946 wieder aufgeben mußte.

Neben diesen Aufgaben bemühte sich Stock von Anfang an um die Lizenz für die Herausgabe einer Zeitung. Als Mitinhaber der Druckerei- und Verlagsfirma Stock & Körber brachte er für kurze Zeit, nämlich von November 1945 bis März 1946, das "Main-Echo" heraus.

Auch kommunalpolitisch trat er wieder in Erscheinung. Bei den ersten Nachkriegswahlen im März 1946 wurde er erneut in den Aschaffenburg Stadtrat gewählt, dem er bis 1952 angehörte, dabei von 1946 bis 1948 als SPD-Fraktionsvorsitzender.

Im Juni 1946 erfolgte zusätzlich seine Wahl in die Bayerische Verfassunggebende Landesversammlung und rund ein halbes Jahr später in den Bayerischen Landtag, dessen Mitglied er bis 1962 blieb. Dabei führte er von 1946 bis zu seiner Ablösung durch Waldemar von Knoeringen im Jahre 1950 den Vorsitz der SPD-Landtagsfraktion. Außerdem gehörte er während der Zeit seines Bestehens (1947 bis 1949) dem Parlamentarischen Beirat des Stuttgarter Länderrats der US-Zone an.

Seiner historischen Sichtweise entsprechend, derzufolge vor allem Militärs, Vertreter der Groß- und Schwerindustrie sowie der Hochfinanz den Aufstieg Hitlers zu verantworten hätten, trat er verfassungspolitisch für die Auflösung der großen Konzerne und die Verstaatlichung einer Anzahl von Industriezweigen ein.

Im Parlamentarischen Rat

Im Sommer 1948 wurde Stock durch den Bayerischen Landtag in den Parlamentarischen Rat gewählt, in dem er bis zur Verkündung des Grundgesetzes wirkte. Hier war er Mitglied des Ältestenrats, einer von vier parlamentarischen Schriftführern, Stellvertreter der Vorsitzender des Finanzausschusses, ordentliches Mitglied des Wahlrechtsausschusses, sowie seit Mitte Oktober 1948 als Nachfolger von Josef Seifried des Hauptausschusses.

Dabei nahm er mit großer Regelmäßigkeit an den Sitzungen der Gremien und Ausschüsse, denen er angehörte, teil. Allerdings verkörperte er trotz der Vielfalt seiner Funktionen unter den Vertretern seiner Fraktion im Rat eher den Typ des zurückhaltenden Parteigefolgsmannes, als den eines originellen Ideengebers, der bemüht gewesen wäre, auf die Diskussion durch neue Impulse einzuwirken.

Eines seiner im Rat verfolgten Hauptanliegen galt Fragen des Wahlrechts, zu denen er sich häufig zu Wort meldete. Dabei thematisierte er vor allem das Problem des Wahlrechts ehemaliger Nationalsozialisten, wobei er zu einer regiden Haltung tendierte.

Die Zeit danach

Nach der Gründung der Bundesrepublik konzentrierte sich sein Hauptinteresse weiter auf die bayerische Landespolitik. Nach Abgabe der Fraktionsführung wirkte er seit 1950 als Stellvertreter der Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Jahrelang hatt

er in dem Landesparlament zudem den Vorsitz des Rechts- und Verfassungsausschusses inne.

Als Wilhelm Hoegner (SPD) im Herbst 1954 unter seiner Führung eine bayerische Regierungskoalition aus SPD, Bayernpartei, BHE und FDP zusammenbrachte, machte er drei Jahre lang die für bayerische Sozialdemokratie seltene Erfahrung, einer Regierungsfraktion anzugehören.

Bei seinem Ausscheiden aus dem Landesparlament im Jahre 1962 konnte er für sich in Anspruch nehmen, dienstältester Parlamentarier des Bayerischen Landtags zu sein.

Im Laufe seines Lebens sind Stock zahlreiche Ehrungen zuteil geworden. 1957 erhielt er das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik verliehen, 1959 den Bayerischen Verdienstorden und 1961 die Bayerische Verfassungsmedaille in Gold.

Jean Stock ist am 13. Januar 1965 in Aschaffenburg nach langer schwerer Krankheit verstorben.

Quellen/Literatur:

Nachlaß

Der Nachlaß befindet sich im Archiv der Sozialen Demokratie, Bonn.

Biographische Beiträge

Carsten Pollnick: Jean Stock 1945, in: derselbe: Aschaffenburg Stadtoberhäupter von 1818 bis 1983, Aschaffenburg 1983, S. 74 - 79; derselbe: Von "Würde und Bürde" eines Amtes. Der engagierte Sozialdemokrat Jean Stock war nur kurze Zeit Oberbürgermeister, in: Volksblatt v. 22. 5. 1982